

TEIL A: PLANZEICHNUNG

RECHTSKRÄFTIGER
BEBAUUNGSPLAN
„AM BAHNHOF“
GEMEINDE HEUSWEILERÄNDERUNGSBEREICH DES
BEBAUUNGSPLANS „AM BAHNHOF“
GEMEINDE HEUSWEILERPLANZEICHNERLÄUTERUNG
(NACH TABULEN IN VERBINDUNG MIT BAUNVO UND PLANZY 1990)

- Art der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 11 BauNVO)
Sonstiges Sondergebiet „Lebensmittelmarkt“ / „Einzelhandel“
- Maß der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und § 16 - 19 BauNVO)
GRZ 0,3
GH 12,00 m
Überbaubare Grundstücksfläche / Bauweise
a
2. Hauptabwasserleitungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB und Abs. 6 BauGB)
Bestehender Abwasserkanal
Geplanter Abwasserkanal (Umverlegung)
- Grünflächen (öffentlich/privat)**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB)
P = Privat
Ö = Öffentlich
V = Zweckbestimmung: Verkehrsgrün
- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)
Umgrünung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
Umgrünung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20a BauGB)
- Sonstige Planzeichen**
Umgrünung der für bauliche Nutzungen vorgesehenen Flächen, deren Boden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind
(§ 9 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 6 BauGB)
Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten des Entsorgungsträgers zu belastende Flächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB und Abs. 6 BauGB)
Baufeldbezeichnung
Aufschüttung / Abgrabung, soweit sie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind
(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
Geltungsbereich
(§ 9 Abs. 7 BauGB)
Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugeländen, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugeländes
(§ 1 Abs. 4 § 10 Abs. 5 BauNVO)
- Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
- Aufschüttend bedingte Zulässigkeit von Nutzungen**
(§ 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)

OHNE MASZSTAB

TEIL B: TEXTTEIL

FESTSETZUNGEN
(GEM. § 9 BAUGB UND BAUNVO)

- Art der baulichen Nutzung**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
1.1 Baugebiet SO „Lebensmittelmarkt“
Sonstiges Sondergebiet „Lebensmittelmarkt“, gem. § 1 Abs. 2 Nr. 10 und § 11 BauNVO
Das Sondergebiet dient vorwiegend der Unterbringung eines großflächigen Lebensmittelmarktes.
• Lebensmittelmarkt mit Non-Food-Anteilen einschließlich Getränkemarkt bis zu einer Verkaufsfläche von insgesamt 1.300 qm (inkl. der für den Verkauf von Waren bestimmten Freiflächen).
• die erforderlichen Büro-, Verwaltungs- und Lagerfläche / -flächen
• die der Ver- und Entsorgung des Gebietes dienenden Nebenanlagen
• die erforderlichen Stellplätze
Sonstiges Sondergebiet „Einzelhandel“, gem. § 1 Abs. 2 Nr. 10 und § 11 BauNVO
Das Sondergebiet dient vorwiegend der Unterbringung von Einzelhandelsbetrieben.
gem. § 11 BauNVO
Einzelhandelsbetriebe:
• Grundständig sind nur solche Einzelhandelsbetriebe zulässig mit einer maximalen Verkaufsflächengröße im Verhältnis von 0,2 zur Grundstücksgröße.
• Grundständig sind Einzelhandelsbetriebe mit folgenden Einzelhandelssektoren unzulässig:
• Sortimente der Grund-Nahversorgung des kurzfristigen Bedarfs (Nahrungs- und Genussmittel inkl. Lebensmittelhandwerk, Getreke und Tabakwaren)
• Büchern, Zeitschriften, Papier, Schreibwaren, Büroartikel
• Unterhaltungselektronik/Telekommunikations- und EDV-Bereich
• Kleinlektrohaushaltswaren, Folgeräte / feinelektrotechnik / optische Erzeugnisse und Zubehör
• Haus- und Heimtextilien / Räumausrüstung
• Haus- und Glasporzellan/Keramik, kunstgewerbliche Artikel, Geschenkartikel, Bastelartikel, Antiquitäten
• Bekleidung, Leder-/Pelzwaren, Schuhe
• Uhren, Schmuck, Edelmetallwaren
• Drogerwaren, Kosmetika, pharmazeutische, medizinische und orthopädische Artikel
• Musikinstrumente, Musikalienhandel, Bild- und Tonträger
• Einrichtungszubehör (ohne Möbel), Teppiche (ohne Teppichböden), Beleuchtungskörper
• Baby-, Kinderartikel, -bekleidung
• Woll-, Kurzwaren/ Handarbeit, Nähmaschinen und Zubehör
• Schnittpflanzen
• zoologischer Bedarf, lebende Tiere und Tierhaltung
• Weiter einschränkt sind Einzelhandelsbetriebe mit dem Sortiment Spielwaren, Sportartikel (kleinteilig), Reiz-, Jagdbedarf nur bis zu einer Verkaufsfläche von insgesamt maximal 500 qm zulässig
Sonstige Betriebe und Anlagen:
• Zulässig sind Kfz-Technik-Betriebe mit Verkauf, wobei die Verkaufsstätte dem Kfz-Handverksbetrieb zugeordnet sein muss und eine Verkaufsfläche von 500 qm nicht überschritten werden darf.
• Zulässig sind die erforderlichen Büro-, Verwaltungs- und Lagerfläche bzw. Lagerflächen
• Zulässig sind Wohnungen für Aufsichts- und Betriebspersonal sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter
• Zulässig sind die der Ver- und Entsorgung und der Zweckbestimmung des Gebietes dienenden Nebenanlagen
• Zulässig sind die erforderlichen Stellplätze
gem. §§ 16, 19 BauNVO
siehe Plan
Gemäß § 19 Abs. 4 Satz 3 BauNVO wird festgesetzt, dass in den Sondergebieten eine Überschreitung der zulässigen Grundfläche durch die Grundflächen von:
1. Garagen und Stellplätze mit ihren Zufahrten
2. Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO
3. baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, bis zu einer GRZ von 0,8 zulässig ist.
2.2 Höhe baulicher Anlagen
gem. §§ 16 und 18 BauNVO
hier: maximale Gebäudehöhe 12m
Bezugshöhe für die Ermittlung der Gebäudehöhe ist das mittlere Niveau der vorhandenen Geländeoberfläche
3. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
siehe Plan
Die überbaubaren Grundstücksflächen werden im räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes bestimmt durch die Festsetzung der Baugrenzen, der Baulinien und Baupläne (§ 23 BauNVO).
Ein Vor- oder Zurücktreten von Gebäuden in geringfügigem Ausmaß (bis maximal 0,5 m) kann gestattet werden.
4. Bauweise
(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 BauNVO)
Für die Baugebiete im Bebauungsplan wird eine abweichende Bauweise gemäß § 22 Abs. 3 BauNVO festgesetzt. Die Gebäude können bis auf die Grundstücksgrenzen herangebaut werden, es gilt keine Längsbeschränkung.
5. Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 23 Abs. 6 BauNVO)
gem. § 12 Abs. 6 BauNVO sind Nebenanlagen und Stellplätze sowohl innerhalb als auch außerhalb der durch Baugrenzen abgegrenzten überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.
6. Planungen, Nutzungsregelungen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 BauGB)
Als Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft werden festgesetzt:
• der bei Baumaßnahmen anfallende Mutterboden ist abzuschleppen, fachgerecht zu lagern und später bei der Gestaltung von Grünflächen wiederzuverwenden
• Wandflächen an Gebäuden, die keine oder nur einen geringen Anteil an Wandöffnungen (weniger als 20 % der Wandfläche) aufweisen, sind zu begrünen. Für die Begrünung sind geeignete Arten entsprechend der Planliste C zu verwenden.
• Auf der entsprechend festgesetzten Fläche im Südosten des räumlichen Geltungsbereichs der Bebauungsplans sind Gehölzpflanzungen unter Verwendung der in den Planlisten § 4 - C angegebenen Arten vorzunehmen. Dabei sind mindestens 10 Obstbaumstämme im zentralen Bereich der Fläche und eine mindestens 3 m breite Baumhecke entlang der nördlich angrenzenden Sondergebietsfläche anzupflanzen.
Innerhalb der zum Anpflanzen festgesetzten Flächen (Straßenverkehrsgrün) sind einheimische, standortgerechte Gehölze gem. Planliste zur Entwicklung einer dichten Strauchhecke anzupflanzen. Dazu sind Sträucher und Heister gem. Planliste im Raster 1 m x 1 m mit einem Heisteralter von 10 % einzubringen.
Planlisten:
A. Sträucher und Heister für die Pflanzungen im Bereich des Verkehrsgrüns
Heister: Feld-Ahorn (Acer campestre), Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus), Hanfbuche (Carpinus betulus), Rote-Buche (Fagus sylvatica), Esche (Fraxinus excelsior), Stieleiche (Quercus robur)
Sträucher: Kornelkirsche (Cornus mas), Roter Haintriegel (Cornus sanguinea), Hasel (Corylus avellana), Liguster (Ligustrum vulgare), Schlehe (Prunus spinosa), Kriechende Rose (Rosa canina), Hundrose (Rosa carolina), Wolliger Schneeball (Viburnum lantana), Wasser-Schneeball (Viburnum opulus)
B. Gehölzpflanzungen und Aneinander im Bereich der Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
Einzelbäume: alle als Hochstämme, im Verband als Heister (Feld-Ahorn (Acer campestre), Berg-Ahorn (Acer pseudoplatanus), Hanfbuche (Carpinus betulus), Rote-Buche (Fagus sylvatica), Esche (Fraxinus excelsior), Stieleiche (Quercus robur), Ahrle (Pernix-Sorbus (Malus domestica), Birne (Pyrus communis), Kirsche (Prunus avium), Sträucher: Kornelkirsche (Cornus mas), Roter Haintriegel (Cornus sanguinea), Hasel (Corylus avellana), Liguster (Ligustrum vulgare), Schlehe (Prunus spinosa), Kriechende Rose (Rosa canina), Hundrose (Rosa carolina), Wolliger Schneeball (Viburnum lantana), Wasser-Schneeball (Viburnum opulus)
C. Fassadebegrünung
Strahlengrüne (Actinidia chinensis), Pfeifenwinde (Aristolochia macrophylla), Waldrebe/Clematis (Clematis vitalba), Hopfen (Humulus lupulus), Weiss-Wein (Pterocissus quinquefolia), Efeu (Hedera helix)
7. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
(§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)
siehe Plan
Die in der Planzeichnung entsprechend festgesetzten Flächen sind mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des Entsorgungsträgers zu belasten. Von der in der Planzeichnung angegebenen Lage kann geringfügig abgewichen werden.
8. Aufschüttend bedingte Zulässigkeit von Nutzungen
(§ 9 Abs. 2 Nr. 2 BauGB)
siehe Plan
Die vollständige Bebauung des mit B 1 bezeichneten Baufeldes ist erst nach Verlegung des dort liegenden Abwasserkanals entsprechend der Planzeichnung zulässig.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 4 BAUGB I.V.M. § 85 ABS. 4 LBO

- Werbeanlagen**
Gem. § 85 Abs. 1 Nr. 2 LBO
- Unbebaute Flächen der bebauten Grundstücke**
Gem. § 85 Abs. 1 Nr. 3 LBO
- Ordnungswidrigkeiten**
Gem. § 87 LBO
- Unzulässig sind blinkende Leuchtbaken sowie dauernd oder zeitweise sich bewegend Werbeanlagen.
Die unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke sind als Grün- bzw. Gartenerflächen anzulegen, sofern sie nicht als Verkehrs-, Abstell- oder Lagerflächen benötigt werden. Dabei sind für Anpflanzungen geeignete standortgerechte Gehölze zu verwenden.
Gemäß § 87 Abs. 1 Nr. 1 LBO handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig diesen, nach § 85 LBO erlassenen Ortslichen Bauvorschriften zuwider handelt.
Diese Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geld- buße bis zu einer Höhe von 250.000,00 € geahndet werden (§ 87 Abs. 3 LBO).

KENNZEICHNUNGEN GEM. § 9 ABS. 5 BAUGB

- Flächen, deren Boden mit umweltgefährdenden Stoffen verunreinigt sind**
siehe Plan, bei Baumaßnahmen auf dieser Fläche ist darauf zu achten, dass eine Verbringung des Erdaushubs auf eine Erdaushub- oder Bauschuttdeponie nur nach genauen Bodenanalysen und mit Zustimmung des Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz zulässig ist.

FESTSETZUNGEN GEM. § 9 ABS. 7 BAUGB

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der Änderung**
siehe Plan

HINWEISE

- Entwässerung**
Dränwässer dürfen nicht in die Schmutzwasserkanalisation eingeleitet werden. Hausdränagen dürfen nicht in Grundwasser bzw. im Bereich von Hangquellen liegen. Bei entstehender Grund- bzw. Hangwasser wird die Ausbildung der Keller als „weiße Wanne“ empfohlen.
von Baumaschinen und -fahrzeugen.
Die Vegetation angrenzender Flächen soll während der Baumaßnahmen vor Beschädigungen geschützt werden. Dabei sind die in der DIN 19820 formulierten Sicherheitsvorkehrungen zu beachten.
Immissionschutz
Während der Nachtzeit (22:00 h - 6:00 h) darf keine Anlieferung der Betriebe stattfinden.
- Denkmalschutz**
Die Vorschriften des Saarländischen Denkmalschutzgesetzes sind zu beachten und einzuhalten.
- Oberboden**
Der bei den zu erwartenden Baumaßnahmen anfallende Oberboden ist abzuschleppen, fachgerecht zu lagern und bei der Gestaltung der Grünflächen wieder zu verwenden. Während der Bauausführung soll nach DIN 19815 vorgegangen werden.
- Schutzvorkehrungen**
Es sind Vorkehrungen zum Schutz vor chemischen Verunreinigungen während der Bauphase zu treffen. Dazu gehören z.B. das Vorhalten von Entsorgungseinrichtungen auf der Baustelle, der sachgerechte Umgang mit Treib- und Schmierstoffen, Farben, Lötlösungen etc. sowie die ständige Kontrolle

GESETZLICHE GRUNDLAGEN

Für die Verfahrensdurchführung und die Festsetzungen des Bebauungsplanes gelten u.a. folgende Gesetze und Verordnungen:

- Bund:**
- Raumordnungsgesetz (ROG) vom 18. August 1967 (BGBl. I S. 2081, 2102) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Neufassung des Raumordnungsgesetzes und zur Änderung anderer Vorschriften vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986)
 - Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Art. 4 des EniSdRG vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018 f.)
 - Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Gleichsetzung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitions- und Wohnbaulandgesetz) vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 479)
 - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZy 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58)
 - Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3045), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Umweltaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umwelt Schäden vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 666)
 - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1193), zuletzt geändert durch Artikel 2 des ersten Gesetzes zur Änderung des Strahlenschutzgesetzes vom 08. April 2004 (BGBl. I S. 696)
 - Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Reduzierung und Beschneidung von Immissions-schutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2470)
 - Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altstätten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214)
 - Bundesbodenschutz- und Altstättenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554)
- Land:**
- Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1502 vom 12. Juni 2002 (zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Neufassung des Saarländischen Landesplanungsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 16. Mai 2007, Amtsblatt des Saarlandes S. 1390)
 - Kommunales Verwaltungsverfahrensgesetz (KVerfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 680) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1647 vom 14. Mai 2008 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1346)
 - Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz - SNG), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1502 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzrechts vom 05. April 2005 (Amtsblatt des Saarlandes S. 726), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes Nr. 1661 vom 28. Oktober 2008 (Amtsblatt des Saarlandes 2008, S. 3)
 - Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1594) zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Umweltinformationen vom 12. September 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2008)
 - Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDSchG), Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des saarländischen Denkmalsrechts vom 18. Mai 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1498)
 - Landesbaurechts (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1541 zur Neuordnung des Saarländischen Baurechts- und Bauberechts vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 622), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes Nr. 1639 vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes 2008, S. 278)
 - Saarländisches Nachbarschaftsgesetz vom 28. Februar 1973 (Amtsblatt des Saarlandes S. 210), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 18. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822)
 - Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBBodSchG) - Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes S. 990)

VERFAHRENSVERMERKE
DER GEMEINDE HEUSWEILER

Aufstellungsbeschluss

- Der Rat der Gemeinde Heusweiler hat in seiner Sitzung am 22.03.2007 die Aufstellung der Änderung des Bebauungsplans „Am Bahnhof“ im Gemeindebezirk Heusweiler beschlossen (§ 2 Abs. 1 BauGB).

Dieser Beschluss wurde am 11.04.2007 durch Veröffentlichung im Amtlichen Bekanntmachungsblatt örtlich bekannt gemacht.

Die Bekanntmachung, dass der Bebauungsplan im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden soll und wo sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann, erfolgte am 11.04.2007 im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Heusweiler.

Ausfertigung

- Die Satzung der Änderung des Bebauungsplans „Am Bahnhof“ wird hiermit ausgefertigt.

Beteiligungsverfahren

- Die von der Planung betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 18.04.2007 um Stellungnahme zum Entwurf der Änderung des Bebauungsplans und zur Begründung gebeten (§ 4 Abs. 2 BauGB).

Bekanntmachung

- Der Entwurf der Änderung des Bebauungsplans hat mit der Begründung in der Zeit vom 19.04.2007 bis einschließlich 23.05.2007 während der Dienststunden öffentlich ausliegen (§ 3 Abs. 2 BauGB).

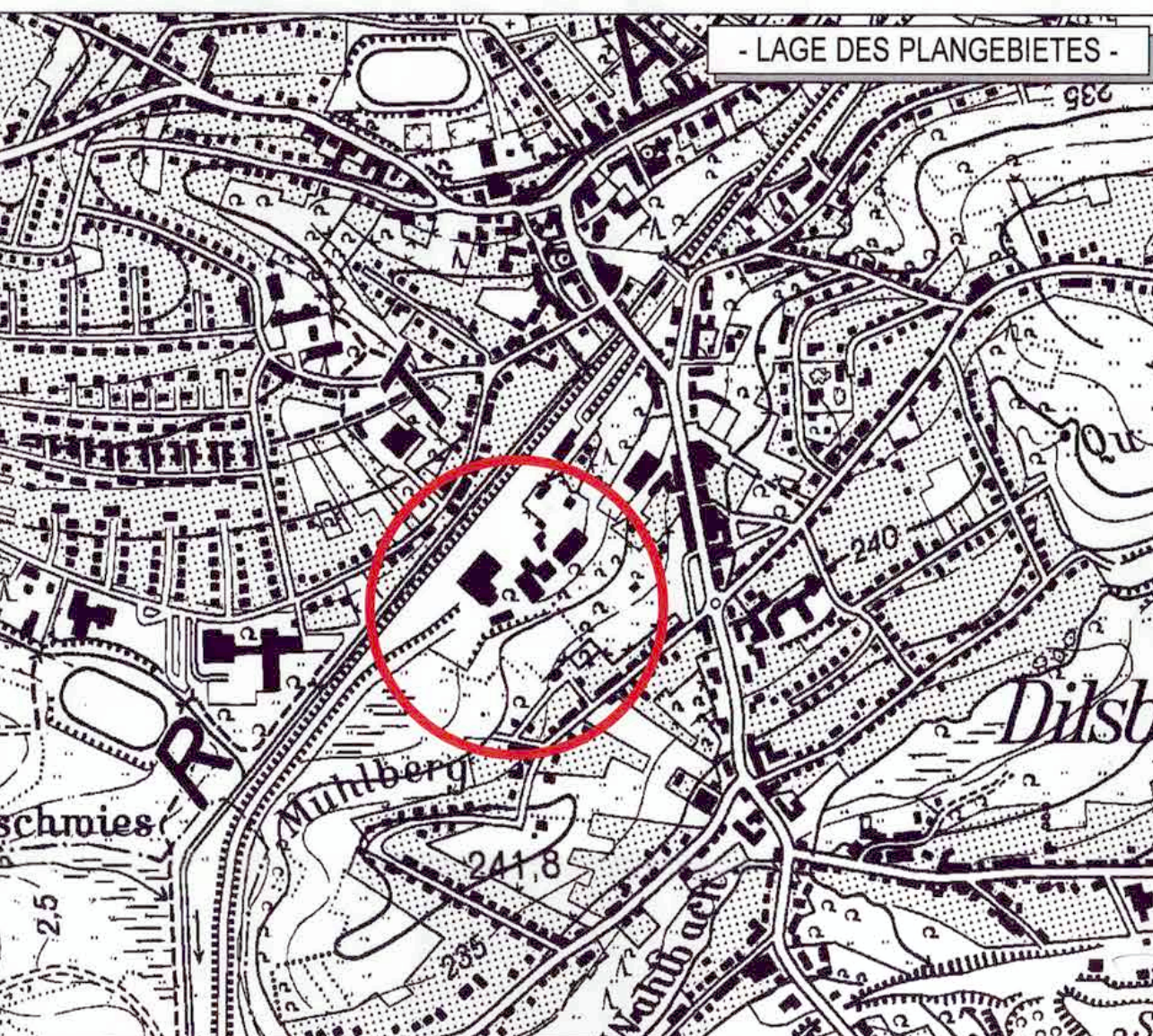
Ort und Dauer der Auslegung wurden am 11.04.2007 durch Veröffentlichung im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Heusweiler örtlich bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.

Erneute öffentliche Auslegung

- Der Bebauungsplanentwurf wurde nach der Auslegung geändert. Der geänderte Entwurf wurde vom Rat der Gemeinde Heusweiler in seiner Sitzung am 18.12.2008 angenommen. Gemäß § 4a Abs. 3 BauGB hat der geänderte Entwurf des Bebauungsplans mit der Begründung in der Zeit vom 22.01.2009 bis einschließlich 23.02.2009 während der Dienststunden öffentlich ausliegen. Ort und Dauer der erneuten Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben und dass ein Antrag nach § 47 Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, sowie mit ihm Einwendungen geltend gemacht wurden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können, am 14.01.2009 durch Veröffentlichung im Amtlichen Bekanntmachungsblatt der Gemeinde Heusweiler örtlich bekannt gemacht.

- Die von der Planung betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 21.01.2009 um Stellungnahme zum geänderten Entwurf des Bebauungsplans und zur Begründung gebeten (§ 4a Abs. 3 BauGB).



MASZSTAB	PROJEKTBEZEICHNUNG	PLANGROSSE
1 : 500	HEU-ÄND-BAHN-6-087	DIN A 0
VERFAHRENSSTAND	BEARBEITUNGSSTAND	BEARBEITUNG
SATZUNG	10. MÄRZ 2009	DPL.-ING. WOLFGANG BECKER DPL.-ING. MATTHIAS ZIMMER

1. ÄNDERUNG DES
BEBAUUNGSPLANS
„AM BAHNHOF“

DER GEMEINDE HEUSWEILER